a) Ständige Vertreterin an der Grundschule Ankum

Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier ruft in Erinnerung, dass sich nach Mitteilung der Nieders. Landesschulbehörde vom 17.01.2019 die Lehrerin, Frau Julia Krömer von der Grundschule Ankum, um die Stelle der ständigen Vertreterin/des ständigen Vertreters an der Grundschule Ankum beworben hat.

Die Nieders. Landesschulbehörde hat mit Schreiben vom 05.06.2019 mitgeteilt, dass Frau Julia Krömer mit Wirkung vom 01.08.2019 der Dienstposten einer Konrektorin als ständige Vertreterin des Leiters der Grundschule Ankum übertragen wird.

b) Förderzusage für das Projekt „Ausstellung Landschaftsdynamik

im Naturschutz- und Bildungszentrum am Alfsee“

Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier gibt bekannt, dass der Antrag auf Förderung des Projektes „Ausstellung Landschaftsdynamik im Naturschutz- und Bildungszentrum am Alfsee“ von der Stiftung der Sparkassen im Landkreis Osnabrück mit Schreiben vom 02.05.2019 bewilligt wurde. Das Projekt wird mit einem Betrag von 42.024,85 Euro gefördert.

c) Glasfaserausbau Schulen

Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier teilt mit, dass der Landkreis Osnabrück im Rahmen des Ausbaus der Breitbandversorgung geplant hatte, 22 Sek I-Schulen der Gemeinden mit einmaligen Anschlusskosten von 253.000 € anzuschließen. Die erhöhten laufenden Kosten muss der jeweilige Schulträger tragen.

Nach Mitteilung vom Landkreis Osnabrück stehen konkrete Anschlussstermine fest. Der geplante Termin für die Oberschule Bersenbrück ist der 31.07.2019, für die Oberschule Ankum der 16.08.2019. Die Grundschule Ankum wird im Zuge des Ausbaus der Oberschule mit angeschlossen.

Bei Grundschulen hat der Landkreis angeboten, vor Ablauf des Markterkundungsverfahrens (MEV) gebündelt Förderanträge bei Bund und Land zu stellen. Die Ausschreibung erfolgt nach Bewilligung der Förderung. Mit einer Umsetzung ist in 2020/2021 zu rechnen.

d) Klage der Fa. ALBA gegen die Samtgemeinde Bersenbrück wegen

nachträglicher Kehrentschädigung für die Vorjahre

Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier berichtet, dass die Fa. ALBA im vergangenen Jahr beim Landgericht Osnabrück Klage gegen die Samtgemeinde Bersenbrück wegen Schadensersatz bzw. nachträglicher Vergütung von Kehrleistungen für die Jahre 1988, 2008 sowie 2014 bis 2018 eingereicht hatte. Die Fa. ALBA hat die Forderungen damit begründet, dass sie Ende 2017 im Zuge der neuen Ausschreibungen der Reinigungsleistungen festgestellt hat, dass sie in den letzten 30 Jahren wesentlich mehr Kilometer gereinigt hat, als von der Samtgemeinde vorgegeben wurden.

Das Landgericht Osnabrück hat nunmehr die Klage der Fa. ALBA in vollem Umfang abgewiesen.

Das Gericht begründet die Abweisung der Klage damit, dass die Fa. ALBA nach der 1980 getroffenen vertraglichen Regelung selbst zur Erstellung eines Aufmaßes und zur Einholung des Einvernehmens der Samtgemeinde Bersenbrück zuständig war.

Weiterhin ist für die Jahre 1988, 2008 und 2014 die Verjährung ggfs. entstehender Forderungen bereits eingetreten.

Die Fa. ALBA hat nunmehr die Möglichkeit, innerhalb von einem Monat Berufung gegen das Urteil beim Oberlandesgericht Oldenburg einzulegen.

e) Genehmigung Samtgemeindehaushalt 2019

Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier gibt bekannt, dass die Kommunalaufsicht des Landkreises Osnabrück den Haushaltsplan der Samtgemeinde Bersenbrück mit Verfügung vom 04.06.2019 ohne Einschränkungen genehmigt hat.

In der Verfügung wurden einige Hinweise und Bemerkungen zu wichtigen Punkten und Themenfeldern aufgeführt. Unter anderem wurde darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen zur Konsolidierung und zur Erreichung des Ziels „Langfristiger Abbau der Altfehlbeträge und Steigerung der finanziellen Leistungsfähigkeit“ konsequent weiter umgesetzt werden sollten.

Zum Thema Verschuldung und vor dem Hintergrund, dass kaum bzw. in den Finanzplanjahren zu wenig Überschüsse zur Deckung der Tilgung erwartet werden, wurde darauf hingewiesen, dass Rat und Verwaltung ihre Haushaltsstrategie darauf ausrichten sollten, dass dauerhaft ausreichend Zahlungsüberschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit erwirtschaftet werden, um damit die Tilgung zu decken und perspektivisch – nach dem Abbau der Liquiditätskredite – Investitionen zumindest anteilig zu finanzieren.

Das Ziel, die Verschuldung in den nächsten Jahren abzubauen, ist aus Sicht der Kommunalaufsicht absolut notwendig, um langfristig den Haushalt zu entlasten und den finanziellen Handlungsspielraum wieder auszubauen.

Zur wirtschaftlichen Betätigung der Samtgemeinde führt die Kommunalaufsicht aus, dass dieser Bereich inzwischen ein erhebliches Finanzvolumen erreicht hat und die Aufgabe der Steuerung der wirtschaftlichen Betätigung eine zunehmend wichtige Aufgabe für die Samtgemeinde darstellt. Positiv wird dabei die Gründung der HaseBäder GmbH gesehen, da sich dadurch, auch im Hinblick auf den Neubau des Hallenbades, erhebliche Entlastungen für den Kernhaushalt der Samtgemeinde ergeben werden.

f) Anträge zur Förderung von 3 Bauvorhaben der HaseWohnbau aus dem

„Fonds für bezahlbaren Wohnraum und städtebauliche Entwicklung“ des

Landkreises Osnabrück

Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier teilt mit, dass die Samtgemeinde Bersenbrück für die Bauvorhaben der HaseWohnbau in

- Alfhausen, Speicherweg 40
- Rieste, Bahnhofstraße 37
- Bersenbrück, Lindenstraße 18

Förderanträge aus dem „Fonds für bezahlbaren Wohnraum und städtebauliche Entwicklung“ gestellt hat. Es ist eine Förderung in Höhe von 75.000 € pro Bauvorhaben möglich, allerdings nur bei einer Kofinanzierung in gleicher Größenordnung. Der erforderliche Eigenanteil der Samtgemeinde Bersenbrück wird aus der erfolgten Kapitalrücklagenzuführung dargestellt.

Da für die Bauvorhaben in Alfhausen und Rieste bereits Baugenehmigungen erteilt wurden, hat die Samtgemeinde hier vorab einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn beantragt.

Die Förderrichtlinie war auch Gegenstand der Erörterung in der Bürgermeisterkonferenz. Bemängelt wurde die ungenügende Abstimmung der Richtlinie vor dem Hintergrund, dass die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden auch eigene Mittel bereitstellen müssen. Mitgliedsgemeinden können auch Anträge stellen. Weiterhin wurde der bürokratische Aufwand für Antragsstellung und Nachweisfristen kritisch gesehen. Gefordert wurde von einzelnen Kommunen auch die Kofinanzierung von Kapitalzuführungen zu eigenen Wohnungsbaugesellschaften, die für Anträge bei der NBank nachgewiesen werden müssen. Solche Konstellationen liegen in der Samtgemeinde Bersenbrück, in Belm und in Melle vor. Die Stadt Melle hat beispielsweise gerade einen Beschluss gefasst, eine Kapitalzuführung in die eigene Wohnungsbaugesellschaft in Höhe von 2,5 Mio. € vorzunehmen.

Insgesamt stehen 1,5 Mio. € für alle 38 Kommunen im Landkreis zur Verfügung. Die Hälfte der Mittel soll in städtebauliche Maßnahmen fließen. Damit können 10 Projekte landkreisweit im Bereich des bezahlbaren Wohnens gefördert werden. Die Vergabe soll nach dem Windhundverfahren erfolgen, wenn die Fördervoraussetzungen vorliegen. Eine Weiterführung des Förderprogrammes ist wegen fehlender politischer Beschlüsse unklar.

g) Geplante Änderung der Heranziehungssatzung für Aufgaben nach dem

Bundesteilhabegesetz

Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier gibt bekannt, dass das Bundesteilhabegesetz am 01.01.2020 in Kraft tritt. Damit erfolgt eine Herauslösung der Leistungen der Eingliederungshilfe aus dem SGB XII.

Diese Leistungen werden zum 01.01.2020 im SGB IX neu geordnet. Die bislang stationären Fälle werden ab 01.01.2020 ambulante Vorgänge. Es erfolgt eine Trennung von Fachleistung und Existenzsicherung, wobei die Fachleistungen vom Landkreis Osnabrück, Fachdienst Eingliederungshilfe, gewährt werden. Die nunmehr ambulanten Leistungen der Existenzsicherung (Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt) werden durch die kreisangehörigen Kommunen bewilligt. Im gesamten Landkreis Osnabrück betrifft die Neuregelung ab 01.01.2020 ca. 550 – 600 Fälle.

Bis zu 10 Fälle: Dissen a.T.W., Fürstenau, Ostercappeln

Bis zu 15 Fälle: Belm, Bohmte, Hagen a.T.W., Hasbergen

Bis zu 20 Fälle: Bad Rothenfelde, Bissendorf, Glandorf, Hilter a.T.W., Wallenhorst

Bis zu 30 Fälle: Artland, Bramsche

Bis zu 35 Fälle: Georgsmarienhütte

Bis zu 40 Fälle: Bad Essen, Bad Iburg, Bad Laer

Bis zu 50 Fälle: Melle, Neuenkirchen

Bis zu 85 Fälle: Bersenbrück

Die künftige wohnortnahe Bearbeitung in den Sozialämtern der Gemeinden ist aus Sicht der Anspruchsberechtigten positiv zu sehen. Da in der Samtgemeinde Bersenbrück mit der HpH besonders viele Fälle zusätzlich zu bearbeiten sind, ist mit einer Mehrbelastung zu rechnen. Zusätzlich ist zu erwarten, dass die Fallzahlen vor allem bei der Hilfe zur Pflege in Zukunft weiter steigen werden.

In diesem Zusammenhang soll die Heranziehungssatzung durch den Landkreis neu gefasst werden. Mit einer Heranziehungssatzung erfolgt die Verpflichtung zur Übernahme der Aufgaben durch die Gemeinden. Seit 15 Jahren gibt es für die Sozialhilfe und die Abwicklung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zwei Heranziehungssatzungen. Die Samtgemeinde stellt hierfür 2 Vollzeitkräfte zur Verfügung. Eine Kostenerstattung durch den Landkreis ist bisher nicht erfolgt. Auf Ebene der Bürgermeisterkonferenz ist beschlossen worden, mit dem Landkreis in Verhandlungen über die praktische Abwicklung und einen Lastenausgleich zu treten.

h) Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der IT-

Infrastruktur und der IT-Ausstattung in Schulen (Digitalpakt)

Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier teilt mit, dass die Samtgemeinde Bersenbrück eine max. Fördersumme aus dem Digitalpakt in Höhe von 962.905,08 € erhalten kann. Dies teilt sich in einen Sockelbetrag je Schule (insgesamt 268.500 €) und in einen Kopfbetrag auf (694.405,08 €).

In der Richtlinie fehlt bisher die Nachhaltigkeit, da ein zukunftsfester Einsatz digitaler Medien im Unterricht nur gewährleistet werden kann, wenn eine auf Dauer ausgerichtete Finanzierung aller damit zusammenhängenden Bereiche sichergestellt wird.

Die Antragsstellung soll ab August 2019 möglich sein und muss bis spätestens 1. Juli 2023 erfolgt sein. Die Niedersächsische Landesschulbehörde (NLSchB) am Standort Osnabrück soll als Bewilligungsstelle eingerichtet werden. Dort sollen alle Anträge zentralisiert von 5 bis 6 hierfür qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bearbeitet werden. Ein kommunaler Medienentwicklungsplan (MEP) und ein schulisches Medienbildungskonzept (MEB) (je Schule) sind Grundlage für die Förderung im Digitalpakt.

Ob unter diesen bürokratischen und einschränkenden Bedingungen der vollständige Abruf der Fördermittel möglich sein wird, kann nicht sichergestellt werden.